

## **Hamburgs Schulkandal: Schweigeminuten verboten, Papierkraniche statt Trauer!**

Hamburgs Schulbehörde stoppt Israel-Gedenken; CDU-Chef Thering empört: Skandalöse Anordnung betrifft Lehrkräfte.

Es ist ein Rundschreiben, das in Hamburg hohe Wellen schlägt und Politiker wie Bürger gleichermaßen in Aufruhr versetzt. Die Rede ist von einer Anordnung an die Lehrer der Stadt, die vorsieht, auf Gedenkminuten für die Opfer der Hamas-Angriffe am 7. Oktober zu verzichten. Stattdessen sollen Papierkraniche gebastelt werden, was bei vielen Unverständnis hervorruft. Diese Entscheidung ging vom „Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung“ aus, das unter der Aufsicht der Schulbehörde von SPD-Senatorin Ksenija Bekeris steht. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dennis Thering, zeigte sich entsetzt und nannte die Vorgaben einen „Skandal“.

Der Brief an die Hamburger Schulen betont, dass auf große Gesten wie Schweigeminuten, die Trauer oder Empathie fordern, verzichtet werden sollte. Eine Passage hebt hervor, dass es „nicht um Sachinformationen“ gehen solle, sondern darum, „Betroffenheit Raum zu geben“. Diese Anweisung löst bei Kritikern Verwunderung aus, gerade in einem Land, das stets seine Solidarität mit Israel betont.

### **Angst als Hauptmotiv**

Laut verschiedenen Quellen könnten der Grund für diese Vorgehensweise Befürchtungen sein, dass Andenken an die Vorfälle zu Spannungen mit Schülern muslimischer Herkunft

führen könnten. Dennis Thering beschreibt die Entscheidung der Behörde als „vorausseilenden Gehorsam“, der Themen meidet, die potenziell Konflikte auslösen könnten. „Wo, wenn nicht in der Schule, muss Trauerbewältigung Raum gegeben werden?“ fragt Thering.

Hamburgs Antisemitismusbeauftragter, Stefan Hensel, äußerte ebenfalls seine Bestürzung über den Vorgang. Er betont, dass im Senat oft von einem „Hamburg ohne Antisemitismus“ gesprochen wird, was jedoch angesichts dieser behördlichen Entscheidung kaum glaubwürdig erscheine.

## **Reaktionen und Konsequenzen**

Thering kritisierte die „erschreckende Untätigkeit“ der Schulbehörde und stellte die Kompetenz von Senatorin Bekeris infrage. In einer Reaktion auf die öffentliche Empörung erklärte Behördensprecher Peter Albrecht, dass der Newsletter inhaltlich und formell aufgearbeitet werde. Dienstrechtliche und aufsichtsrechtliche Bewertungen stünden noch aus. Konkrete Konsequenzen werden im Zuge dieser Überprüfung festgelegt. Dieses Thema hat in der Hansestadt deutliche Spuren hinterlassen, und es bleibt abzuwarten, wie die Behörden in Zukunft mit solchen sensiblen Themen umgehen werden, **wie m.bild.de berichtet.**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**